„Der digitale Raum ist kein rechtsfreier Raum“

Wie lassen sich **#sozialeMedien** sicherer, transparenter und demokratischer gestalten? „Akademie Aktuell“ hat bei Hannah Schmid-Petri vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) nachgefragt.

Fragen **Monique Opetz**



Hannah Schmid-Petri: „Problematische Inhalte müssen stärker reguliert werden, damit sie seltener verbreitet werden.“

Frau Schmid-Petri, in welchem sozialen Netzwerk waren Sie zuletzt unterwegs und warum?
LinkedIn, weil das natürlich inzwischen eine sehr wichtige soziale Plattform ist, um sich zu vernetzen und auszutauschen. Und gerade für die Wissenschaftskommunikation hat sich das Netzwerk in den letzten Jahren als sehr wichtiger Kanal etabliert.

Wie bewerten Sie die Rolle sozialer Medien?
Wenn wir an die klassischen sozialen Medien denken, beispielsweise TikTok, Instagram, Facebook oder auch Snapchat, dann glaube ich, muss man zum einen festhalten, dass diese Plattformen sehr viele positive Interaktionen ermöglichen. Die Nutzenden erleben viel Unterhaltsames, leisten sich gegenseitig Zuspruch und Unterstützung, teilen Freude und Erfahrungen miteinander. Dennoch gibt es Risiken, insbesondere für vulnerable Gruppen wie Kinder, Jugendliche oder bereits gefährdete Personen. Negative Effekte lassen sich nicht pauschal nachweisen, aber unter bestimmten Umständen sind sie spürbar.

Welche anderen Wirkungen sozialer Medien gilt es zu bedenken?
Es ist zum Beispiel problematisch, dass der klassische traditionelle Journalismus weiter erodiert und auch mit einer großen Finanzierungskrise konfrontiert ist. Die entscheidende Frage lautet: Wie erreichen wir die Menschen eigentlich noch mit qualitätsgeprüften Informationen? Und wenn wir zu Regulierung oder regulatorischen Maßnahmen kommen, dann wäre es aus meiner Sicht zentral, an den Charakteristika oder Features von sozialen Medien anzusetzen, die negative Auswirkungen haben können oder Risiken bergen.

Was wären konkrete Maßnahmen – insbesondere, wenn es um Kinder und Jugendliche geht?
Algorithmen müssten transparent sein, damit wir sie besser beurteilen können.

Foto: Kilian Blees/bidt; Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

„Algorithmen müssten transparent sein, damit wir sie besser beurteilen können.“



„Journalistische Inhalte und Nachrichten sollten in den Algorithmen höher gewichtet werden.“

Problematische Inhalte müssten stärker reguliert werden, damit sie seltener verbreitet werden. Außerdem sollten journalistische Inhalte und Nachrichten in den Algorithmen höher gewichtet werden. Eine weitere Idee: Alternative Plattformen schaffen – etwa mit europäischen Eigentümern, gemeinnützig organisiert und an bestimmte Werte gebunden (s. auch S. 28).

Aktuell wird ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche in Deutschland intensiv diskutiert. Ein bidt-Handlungspapier zu diesem Thema zeigt: 66 % der Befragten befürworten ein Verbot für unter 14-Jährige, doch 59 % zweifeln die Wirksamkeit an. Wie erklären Sie sich diese Diskrepanz?
Viele, die ein Verbot befürworten, zweifeln nicht automatisch an seiner Wirksamkeit. Bei den Skeptikern spielt vor allem die Umsetzbarkeit eine Rolle: Wer setzt das Verbot durch? Wie lässt es sich technisch kontrollieren? Zudem gibt es praktische Probleme: Verbote können umgangen werden, Datenschutzfragen sind offen, und es besteht die Gefahr, dass diejenigen ausgeschlossen werden, die von Social Media profitieren könnten.

Das Handlungspapier warnt vor angstgetriebenem Aktionismus und fordert evidenzbasierte Regulierung. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht wichtig, um Jugendliche zu schützen, ohne ihre digitale Teilhabe einzuschränken?
Plattformen sollten von vornherein so gestaltet werden, dass problematische Features gar nicht erst entstehen, und Regulierung sollte gezielt an bestimmten Punkten ansetzen: bei Dark Patterns, die Nutzerinnen und Nutzer täuschen, riskanten Influencer-Praktiken oder dem Kontakt von Minderjährigen mit Unbekannten. Hier helfen Ansätze wie „Governance by Design“, die suchterzeugende Mechanismen einschränken oder KI-Anwendungen verbieten, die sexuellen Missbrauch oder das Erstellen von Nacktbildern ermöglichen. Parallel muss die Medienkompetenz gestärkt werden, und zwar breiter in der Bevölkerung. Eltern brauchen mehr Bewusstsein für die Risiken, um ihre Kinder besser begleiten zu können.

Eine Expertenkommission der Bundesregierung hat im Juli Vorschläge wie ein Mindestalter von 13 Jahren oder funktionsspezifische Beschränkungen für Plattformen gemacht. Wie stehen Sie dazu? Gibt es Empfehlungen, die Sie unterstützen, oder Aspekte, die zu kurz kommen?
Ich würde eher bei den dienst- und funktionsspezifischen Beschränkungen ansetzen und halte das aktuell für die bessere Alternative. Denn wir sehen ja nicht, dass Social Media für die breite Bevölkerung durchweg negative Auswirkungen hat. Natürlich gibt es Gefährdungspotentiale – aber ein pauschales Verbot ist nicht so einfach umzusetzen, wie es auf den ersten Blick scheint. Besser wäre es, bestimmte Dienste oder Funktionen altersspezifisch zu regulieren. Das ist zwar aufwendiger, aber machbar. Deutschland hat mit dem Jugendmedienschutz bereits Erfahrung: Bewährte Prinzipien und bekannte Gefährdungspotentiale lassen sich auf digitale Plattformen übertragen – ähnlich wie in der Rundfunkregulierung. Diese Expertise sollten wir nutzen.

In Ihrer Rede im Bayerischen Landtag im März 2025 haben Sie Handlungsempfehlungen für den Umgang mit digitaler Gewalt vorgestellt. Hat sich denn seitdem etwas getan?
Das Bewusstsein für digitale Gewalt ist durch prominente Betroffene wie Collien Fernandes deutlich gestiegen. Zudem hat die Europäische Union bereits Verfahren gegen Plattformen auf Basis des Digital Services Act (DSA) eingeleitet. Das sind erste Schritte in die richtige Richtung.

Wie bewerten Sie die Wirksamkeit des DSA, insbesondere im Umgang mit US-amerikanischen Plattformen, bei denen unser Handlungsspielraum begrenzt ist?
Die Ansätze des DSA gehen in die richtige Richtung. Ergänzt durch nationale Initiativen und bestehende Medienregulierung, die auf bewährten Prinzipien beruhen, entsteht ein solides Fundament. Entscheidend ist nun, dass die EU die vorhandenen Instrumente konsequent nutzt – also Sanktionen verhängt und durchsetzt. Nur so bleibt der DSA nicht „zahnlos“ (s. auch S. 36).

Welche Handlungsempfehlungen haben Sie, um den Kampf gegen digitale Gewalt zu stärken?
Es braucht eine klare Bekämpfung von Hatespeech, Anfeindungen und sexualisierter digitaler Gewalt. Dafür müssen wir besser kommunizieren, was online illegal ist – der digitale Raum ist kein rechtsfreier Raum. Die Prozesse müssen effizienter werden, und die Plattformen müssen stärker in die Pflicht genommen werden, Verantwortung für ihre Inhalte zu übernehmen und aktiv dagegen vorzugehen (s. auch S. 30).

Eine bidt-Studie zu Beleidigungen auf Social Media zeigt: Nur 46 % der Betroffenen melden die Vorfälle. Warum?
Ich glaube, es gibt vor allem drei Gründe: Viele fragen sich: War das jetzt wirklich so schlimm? Muss ich das ertragen? Hier muss ich klar sagen: Nein, digitale Gewalt ist Gewalt – und die muss niemand hinnehmen. Man sollte sich immer wehren. Dazu kommt: Es herrscht das Gefühl vor, dass Melden ohnehin nichts bringt. Das ist verständlich, aber falsch. Außerdem sind die Beschwerdewege oft kompliziert und aufwendig. Zwar sind Plattformen verpflichtet, Beschwerdemöglichkeiten anzubieten, aber sie sind nicht immer leicht zu finden. Betroffene müssen Formulare ausfüllen, Hürden überwinden – das schreckt ab. Trotzdem ist es extrem

wichtig, Beleidigungen zu melden. Nur so kann man dagegen vorgehen. Aktuell melden die meisten Betroffenen Vorfälle nur direkt auf der Plattform. Dort wird dann nach den Community-Standards geprüft – aber das ist problematisch, weil die Entscheidung darüber, was erlaubt ist, allein bei der Plattform liegt.

Was wäre der bessere Weg?

Es gibt bereits Initiativen auf gesetzlicher Ebene: Der Digital Services Act und das geplante Bundesgesetz gegen digitale Gewalt sind wichtige Schritte. Betroffene sollten auf bestehende Organisationen wie HateAid oder die Meldestelle Respect zurückgreifen. Diese bieten konkrete Hilfe an. Gleichzeitig müssen wir in Medienkompetenz investieren – nicht nur bei Betroffenen, sondern auch bei potentiellen Tätern, um digitale Gewalt von vornherein zu verhindern. Wirksam ist zudem eine aktive Moderation von Online-Diskussionen. Ideal wäre ein Team, das Diskussionsregeln durchsetzt und gegen Verstöße vorgeht. Das hat zwei Effekte: Erstens verschwinden beleidigende Kommentare, zweitens sehen stille Mitlesende, dass solche Angriffe nicht toleriert werden. Das signalisiert: Hier wird gehandelt.

In Ihrer Forschung untersuchen Sie, wie Skeptizismus in sozialen Medien konstruiert wird – etwa beim Klimawandel. Wie tragen Plattformen und ihre Algorithmen dazu bei, dass sich polarisierende Narrative so stark verbreiten?

Sie begünstigen die Verbreitung polarisierter Narrative auf zweierlei Weise. Zum einen bevorzugen Algorithmen solche Inhalte, weil sie starke Reaktionen auslösen können – sei es durch Empörung, Zustimmung oder Weiterleiten von Beiträgen. Da die Plattformen Nutzer möglichst lange binden wollen, erhalten vereinfachte, polarisierende Erzählungen überproportional Aufmerksamkeit und verzerren so die Wahrnehmung gesellschaftlicher Mehrheitsverhältnisse. Zum anderen nutzen besonders aktive Minderheitenskeptiker oder Desinformationsverbreiter die ungefilterte Reichweite der Plattformen. Im Gegensatz zu journalistischen Medien, die Informationen einordnen und widersprechen, können sie sich hier mit Gleichgesinnten vernetzen und ihre Botschaften gezielt streuen (s. auch S. 22)

„Diskurskompetenz heißt, manipulative Strategien zu erkennen und selbst respektvoll zu diskutieren.“



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

Wie ließe sich die Verbreitung polarisierter Narrative eindämmen? Sie erwähnten bereits mehr Transparenz bei Algorithmen – wie könnte das aussehen?
Plattformen sollten Daten für die Forschung bereitstellen, wie im Digital Services Act eigentlich vorgesehen. Zwar ist eine vollständige Offenlegung der Algorithmen unwahrscheinlich, da sie das Geschäftsmodell berühren. Doch Audits oder die Freigabe von Daten könnten helfen, Verbreitungsmechanismen und Inhalte besser zu verstehen. Nicht zuletzt bleibt ein funktionierender Journalismus unverzichtbar, der Informationen einordnet, Hintergründe liefert und Falschinformationen korrigiert.

„Meinungsfreiheit hat Grenzen, sobald Rechte anderer verletzt oder illegale Inhalte verbreitet werden.“

Mit Blick in die Kommentarspalten: Wie kann man Diskussionen in sozialen Medien konstruktiver gestalten?
Konstruktivere Diskussionen gelingen durch klare Moderation und Diskurskompetenz. Das heißt, manipulative Strategien zu erkennen und selbst respektvoll zu diskutieren: mit Verständnis, Empathie und der Bereitschaft, andere Positionen anzuhören. Strukturell braucht es verbindliche Regeln für Onlinedebatten, die konsequent durchgesetzt werden. Meinungsfreiheit hat Grenzen, sobald Rechte anderer verletzt oder illegale Inhalte verbreitet werden. Jeder kann durch sachliche Argumente, Quellen und einen respektvollen Ton dazu beitragen. Technisch helfen Maßnahmen wie das Löschen von Kommentaren, das Sperren von Nutzern oder das Entfernen aus dem eigenen Feed, um den Rahmen für sachlichen Austausch zu schaffen.

Was gibt Ihnen Hoffnung, dass soziale Netzwerke auch künftig respektvoll und demokratisch gestalten werden?
Hoffnung machen mir die Regulierungsinitiativen auf europäischer und nationaler Ebene. Bewährte Prinzipien wie der Jugendmedienschutz lassen sich auf andere Medien übertragen – besonders in Deutschland. Entscheidend ist, diese Ansätze weiterzuentwickeln und konsequent umzusetzen, etwa durch empfindliche Sanktionen, damit die Regelungen nicht nur auf dem Papier stehen. Zudem gibt es Diskussionen über Alternativen wie eine europäische Plattform. Auch die vielen Initiativen zur Medienkompetenz, etwa in Schulen, sind ein wichtiger Schritt, den wir weiter vorantreiben und in der Bevölkerung verankern müssen.

Prof. Dr. Hannah Schmid-Petri hat den Lehrstuhl für Wissenschaftskommunikation an der Uni Passau inne und ist seit 2020 Mitglied im Direktorium des bidt, einem Institut der BAdW. Die Medienwissenschaftlerin beschäftigt sich mit sozialer Netzwerkanalyse und politischer Kommunikation online wie offline.

Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

